

Autor: Evi Seibert  
Gesprächspartner: Martin Schulz, Kanzlerkandidat der SPD  
Redaktion: Stephan Ueberbach SWR Studio Berlin  
Sendung: Samstag, 22.07.2017, 18.30 – 18.40 Uhr, SWR

SWR Interview der Woche vom 22.07.2017

SWR: Herr Schulz, es ist Wahlkampf, aber man hat so ein bisschen das Gefühl: Von den beiden Spitzenkandidaten Merkel und Schulz kämpft nur einer, nämlich Sie. Fühlen Sie sich da so ein bisschen allein im Ring?

M. Sch.: Ich glaube Frau Merkel hat bis dato vermieden in den Ring zu steigen, wenn man dieses Bild wählen will und mein Eindruck ist, sie wird das auch noch eine längere Zeit versuchen. Aber das wird ihr nicht gelingen.

SWR: Warum?

M. Sch.: Weil es auffällt, wenn in einem Wahlkampf ein Kandidat beständig seine Konzepte vorträgt und eine Kandidatin die Botschaft aussendet, ihr habt mich, das muss genügen. Das fällt auf Dauer unangenehm auf. Angela Merkel versucht sich der Auseinandersetzung um die Zukunft des Landes zu entziehen. Sie hat Verdienste, aber keinen Plan für die Zukunft. Es ist schon so, dass wir Deutschland erneuern müssen. Deutschland kann mehr und Europa kann auch mehr.

SWR: Wenn die Wähler jetzt erwarten, dass es ein Duell gibt, dann wird es das ja geben, aber nur einmal, ein einziges Fernsehduell. Hätten Sie gerne mehrere dieser direkten Aufeinanderkünfte gehabt?

M. Sch.: Ich stehe für jedes Duell zur Verfügung, klar.

SWR: Es heißt ja auch, dass die Kanzlerin offenbar über ihren Regierungssprecher Seibert die Bedingungen für dieses Duell hat festlegen lassen. Das muss Sie doch geärgert haben, oder?

M. Sch.: Nein, das ärgert mich nicht, sondern das verwundert mich, wenn eine Regierungszentrale für eine Partei spricht, das ist ja schon mal der erste Schritt. Herr Seibert ist der Sprecher der Bundesregierung, ist der Chef des Bundespresseamtes. Dass der verhandelt, fand ich schon merkwürdig und nicht ein Vertreter der CDU. Dass Regierungsvertreter anschließend Sondern Bedingungen stellen, das finde ich schon merkwürdig.

SWR: Sie schlagen vor, dass der Staat eine Investitionspflicht eingehen soll. Um die Infrastruktur aber auch, um marode Schulen zu sanieren. Die Antwort der Kanzlerin kam prompt, sie sagte, dazu gäbe es ja eigentlich schon jede Menge Geld, das Problem sei aber die Umsetzung, weil die Verfahren alle viel zu kompliziert seien. Haben Sie diesen Punkt übersehen?

M. Sch.: Nein überhaupt nicht. Die Widersprüche muss man erstmal aufdecken. Noch im November 2014 hat der Bundesfinanzminister im Bundestag behauptet, es gäbe gar keine Investitionslücke. Am

vergangenen Sonntag sagt Frau Merkel, 'ja das liegt an den schleppenden Genehmigungsverfahren'. Ja was denn jetzt, gibt es keine Investitionslücke? Schäuble - und es gibt sie wohl, aber es gibt sie wegen der Verfahren - Merkel. Also, dass müssen die erstmal klären. Zweitens, natürlich haben wir eine Investitionslücke, zum Beispiel im Breitbandausbau im ländlichen Raum. Der Städtetag hat nachgewiesen und darauf hingewiesen, dass die überwiegende Mehrzahl von Gewerbe- und Industriegebieten im ländlichen Raum und nicht in Großstädten liegt. Wenn die nicht im Internet, im digitalen Zeitalter, Highspeed haben, werden die abgeknipst. Das ist eine Investitionslücke. Wenn sie darauf angewiesen sind, zu ihrem Arbeitsplatz zu fahren mit dem Auto oder mit der Bahn, dann werden sie die Investitionslücke beim Zeitverlust spüren, den sie jeden Tag im Stau haben oder mit Verspätungen. Wir haben eine Investitionslücke insbesondere im Bildungsbereich. Schauen sie sich die Schulen an. Nebenbei bemerkt: Wenn sie eine Schule haben, wo ihre Kinder nicht zur Toilette gehen können, dann brauchen sie kein Genehmigungsverfahren, sondern Handwerker, die kommen und das reparieren und sie brauchen auch das Geld dazu.

SWR: Eine Zahl, wie hoch soll diese Investitionsquote sein?

M. Sch.: Das können sie nicht auf ein Prozent hier und heute festlegen. In jedem Jahr, das variiert, deshalb haben wir mal gesagt, in der nächsten Legislaturperiode, in den nächsten vier Jahren 30 Milliarden alleine beim Bund.

SWR: Eine neue Idee, die wir am Sonntag gehört haben, ist das Chancenkonto, das persönliche, das man bekommen soll. Wie soll das mich als jungen Menschen ausstatten und wie kann ich später, wenn ich mich zum Beispiel weiterbilden will, drauf zurückgreifen?

M. Sch.: Das habe ich Sonntag vorgeschlagen und da sind am Montag/Dienstag alle schon der Meinung wie das nicht geht...

SWR: ...alle sagen es ist nicht finanzierbar, zu teuer...

M. Sch.: ...also wie es gehen könnte ist so, dass diejenigen, die zum Beispiel, weil sie ihren Job verlieren, in einem mittelständigen Betrieb, sich aber selbstständig machen wollen, weil sie mit der Qualifizierung, die sie erworben haben, ein selbstständiges Leben anstreben wollen, dann könnten sie aus diesem Konto Geld bekommen. Genau dafür, um sich selbstständig zu machen, um sich weiter zu qualifizieren.

SWR: Sie wollen auch mehr Geld für Europa ausgeben, jetzt wo die Briten ausfallen. Glauben Sie, dass die Deutschen, dass toll finden, wir haben ja anhand der Reaktionen, als es um die Unterstützung der Griechen ging, gesehen, dass viele sagen, wir sind hier der Zahlmeister. Können Sie damit punkten, wenn wir sagen, wir Deutschen zahlen noch mehr in Europa ein?

M. Sch.: Es gibt zwei Arten von Politikern. Die, die aus Überzeugung handeln und die, die nur taktisch denken. Wenn ich nur daran denken würde, wo ich Punkte machen könnte, wissen Sie was ich dann werde? Populist. Das bin ich aber nicht...

SWR: Oder Bundeskanzler?

M. Sch.: Ich glaube, dass man mit Überzeugung die Menschen auch gewinnen kann. Und meine Überzeugung ist, dass es vernünftig ist, wenn die Briten gehen, dass die 27 anderen nicht alles kürzen, sondern die fortfallenden Beträge der Briten übernehmen. Soll ich Ihnen mal sagen warum? Weil das praktische Notwendigkeit ist. Die Bewilligungsbescheide der EU für die Forschungsförderung, übrigens auch von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, sind auf sieben Jahre ausgestellt. Wenn die Briten

jetzt gehen, was machen wir denn dann? Ziehen wir die Bewilligungsbescheide zurück? Und was sagen wir der Universität in Stuttgart.

SWR: Das heißt, hier würden ganz konkret Nachteile entstehen, wenn die Briten gehen und die anderen dann nicht mehr einzahlen...

M. Sch.: Ganz klar. Und um diese Nachteile auszugleichen, werden wir unter Umständen mehr zahlen müssen. Ich fände es korrekt, wenn man das der Öffentlichkeit so sagt, wie ich das tue. Es geht um praktische Interessen der Bundesrepublik.

SWR: Sie haben ja schon angekündigt, dass auch die europäischen Staaten, die sich nicht solidarisch zeigen in puncto Flüchtlingsverteilung, das finanziell merken sollen, sprich, dass sie weniger bekommen sollen. Jetzt ganz aktuell sagen die Österreicher schon, sie werden eventuell den Brenner wieder dichtmachen. Wie würden Sie denn als Bundeskanzler jetzt in dieser Situation damit umgehen? Italien ist voll, eventuell gehen da die Grenzen auf, die Österreicher wissen auch nicht, wie sie damit klarkommen. Frau Merkel hat da 2015 die Grenzen aufgemacht, das bedauert sie vielleicht heute wieder. Wie würden Sie, Kanzler Schulz, mit der Situation umgehen, wenn da Tausende vor der Tür stehen?

M.Sch.: Wieder sind wir in der Situation, dass man zunächst mal feststellen muss, dass die Behauptung, das Flüchtlingsproblem sei gelöst, nicht stimmt. Es ist nichts gelöst. Ich sage das deshalb, weil ja auch Frau Merkel den Eindruck erweckt hat, man habe das im Griff. Wir haben es nicht im Griff. Mein Ratschlag ist dringend, jetzt mit den anderen Regierungen vorher zu reden, ihnen vorher zu sagen: „auch ihr müsst Flüchtlinge aufnehmen“, bevor wir wieder in eine Situation geraten, wo einige Länder alleine sind. Da sind Länder wie Polen oder Ungarn, die große Nettoempfänger aus dem EU-Haushalt sind. Nettoempfänger – man muss mal übersetzen was das heißt: Wir zahlen ein, und zwar mehr als wir rauskriegen und die kriegen mehr raus als sie reinzahlen. Da fließt Geld aus Deutschland direkt dahin, aus Frankreich direkt dahin und die nehmen keinen Flüchtling auf, mit der Begründung des Herrn Kaczynski: „Wir waren ja keine große Kolonialmacht, da müssen wir keine Flüchtlinge aufnehmen“. Das geht so nicht und das habe ich ganz klar gesagt, wer keine Flüchtlinge aufnimmt, der kann auch kein Geld aus dem EU-Haushalt mehr bekommen.

SWR: Ein weiterer aktueller Streitpunkt diese Woche: Die Bundeswehr im türkischen NATO-Stützpunkt Konya. Auch hier verbietet Erdogan den deutschen Parlamentariern die Soldaten zu besuchen. Die Kanzlerin hat gesagt, sie spielt ein bisschen auf Zeit, weil es eine andere Situation sei als in Incirlik zum Beispiel, denn man habe in Konya ganz andere Verpflichtungen der NATO gegenüber. Wie sehen Sie das?

M. Sch.: Die Äußerungen, das ist NATO-Angelegenheit ist falsch. Die Bundeswehr ist im Rahmen der NATO immer noch eine Parlamentsarmee. Das ist der Türkei sehr wohl bekannt unter welchen Bedingungen Bundeswehr-Soldaten im Rahmen des NATO-Mandats bei ihnen stationiert werden. Uns dann zu sagen: Ihr kriegt eine Besucherlaubnis, wenn die Soldaten, die bei euch Asyl beantragt haben, wegen des Putsches, an uns ausgeliefert werden. Das ist eine Erpressung. Und die kann man meiner Meinung nach nicht hinnehmen. Deshalb ganz klar, wenn es dieses Besuchsrecht nicht gibt, müssen die notwendigen Konsequenzen gezogen werden. Dann müssen die Soldaten aus Konya abgezogen werden.

SWR: Haben Sie eigentlich im Moment das Gefühl, dass in Deutschland eine Wechselstimmung herrscht?

M. Sch.: Die Bundesrepublik Deutschland verwaltet den Status Quo. Aber in der disruptiven Zeit, wie man das in Neudeutsch nennt, also in dem sich täglich veränderten Umfeld, ist die Verwaltung des Status Quo Rückschritt. Deshalb brauchen wir unbedingt einen Aufbruch....

SWR: Aber Sie sind der einzige der das merkt. ...also nicht der einzige, aber man hat jetzt nicht das Gefühl, dass so eine ganz große Wechselstimmung da ist, obwohl viele vielleicht sagen würden bei Ihren Themen: Ja, da hat er recht. Und trotzdem fühlen sich die Deutschen so ganz wohl in ihrem „Merkel-Land“...

M. Sch.: Ich weiß ja nicht, was Sie für Eindrücke bei Ihren Reisen durch das Land haben, da habe ich aber einen ganz anderen Eindruck, dass die Leute sich wohl fühlen. Wie viel Leute wählen eigentlich die CDU, die CSU? 35Prozent, 36 Prozent? Das heißt offensichtlich, dass weit über 60Prozent sie nicht wählen. Oder? So, das heißt, es gibt eine überwältigende Mehrheit in diesem Lande die sehr wohl bereit ist.

SWR: ... mit denen müssten sie dann aber eine Koalition bilden ...

M. Sch.: ...die sehr wohl bereit ist, den Wechsel nicht in Personen zunächst einmal zu diskutieren, sondern den Wechsel in der Investitionspolitik, den Wechsel in der Bildungspolitik, den Wechsel in der Forschungspolitik, den Wechsel in der Europapolitik. Und dafür mache ich ihnen ein Angebot. Ich habe mit Fassungslosigkeit, das will ich wirklich sagen, gehört, dass Frau Merkel gesagt hat: Wir haben großes in Europa vor, aber was, das sage ich nach der Wahl. Ich finde, in einer Demokratie müssen die Kandidatinnen und Kandidaten nicht sagen: Ihr habt mich, das muss euch genügen. Dann wählt ihr mich brav und danach sage ich, was ich mache. In einer Demokratie ist es umgekehrt, da ist auch ein Amtsinhaber ein Kandidat oder eine Amtsinhaberin eine Kandidatin, denn die Mandate werden auf Zeit und nicht auf Lebenszeit vergeben. Deshalb: Ich glaube, dass ich ein Konzept für die Zukunft Europas habe, das trage ich vor. Dann wird Frau Merkel sicher auch ihres vortragen. Und wenn sie das nicht vortragen will, glauben Sie es mir, das fällt auf.

SWR: Vielen Dank, Martin Schulz. Kanzlerkandidat der SPD im Interview der Woche.

M. Sch.: Danke, Ihnen.